

Rede: Christel Nicolaysen - Bürgerschaftssitzung - 16.05.2018

Drucksache: Hamburg – Stadt der guten Arbeit: 12 Euro Mindestlohn nach Tarif

Sehr geehrte Herr/Frau Präsident/-in,
meine Damen und Herren!

Nachdem Bürgermeister Tschentscher in seiner Regierungserklärung bereits die Einführung eines Mindestlohns in Hamburg angekündigt hat, wundert mich dieser Antrag etwas. Sie scheinen ja wenig Vertrauen in die Ankündigungen ihres Senats zu haben, dass sie hier gleich einen Antrag hinterherschicken müssen.

Dass wir Freien Demokraten keine großen Freunde von generellen Mindestlöhnen sind, ist kein Geheimnis. Dass die gesellschaftliche Debatte um die Existenz von Mindestlöhnen aber demokratisch entschieden ist, hat die FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag zum Anfang des Jahres anerkannt – diese Uhr werden wir nicht zurückdrehen.

Natürlich sollen Löhne durch die Tarifpartner ausgehandelt werden. Gerade wir Freien Demokraten sind Verfechter der Tarifautonomie. Insofern, verehrte Kollegen von SPD und Grünen, nehmen wir mit Freude zur Kenntnis, dass Sie Tarifverträge als richtiges Instrument für die Festlegung von Arbeitsentgelten erkannt haben.

Als einer der größten regionalen Arbeitgeber kann die Freie und Hansestadt Hamburg natürlich auch mit den Gewerkschaften die Löhne verhandeln.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, spielen wir das einfach mal durch. Aktuell gibt es einige tausend Mitarbeiter im Personalbestand der Freien und Hansestadt Hamburg sowie in den Betrieben und Unternehmen seines Einflussbereichs, die weniger als 12 Euro die Stunde verdienen. Knapp 6.300 Menschen sind es, wenn man die Antwort des Senats auf eine Anfrage der Linken zugrunde legt. Die bekommen nun plötzlich 12 € die Stunde. Doch was bekommen diejenigen, die bisher 12 Euro die Stunde bekommen haben? Die, die vielleicht bisher 12 Euro die Stunde bekommen haben, weil sie etwas besser qualifiziert sind? Bekommen die nun ebenso viel, wie die, die vorher nur 9 oder 10 Euro pro Stunde bekommen haben? Oder soll deren Stundenlohn nun auch nach oben angepasst werden? Und wenn ja, auf welchen Betrag? 14 bis 15 Euro die Stunde? ... Und was passiert dann mit denen, die nun bisher 14 bis 15 Euro die Stunde verdient haben? Das ist doch ein Rattenschwanz ohne Ende.

Haben Sie sich schon überlegt, wie viele Millionen das den Steuerzahler zusätzlich kosten wird? Reichen 25 bis 30 Millionen Euro pro Jahr oder sind es noch mehr? Haben Sie sich schon überlegt, woher Sie dieses zusätzliche Geld nehmen wollen? Oder was wollen Sie dafür zukünftig nicht finanzieren? Die gute konjunkturelle Lage wird sicherlich nicht auf ewig anhalten. Reicht es, einfach zwei oder drei Straßen nicht zu sanieren? Aber was kostet die Welt – ist ja nur **das Geld der Steuerzahler**.

Und wenn Sie **sich** tatsächlich etwas überlegt haben, womit man diese Millionen gegenfinanzieren könnte, wäre ein Wort dazu im Antrag ganz nett gewesen. Und wie sieht es auf der Einnahmenseite der städtischen Unternehmen aus? Was glauben Sie, wie marktfähig diese bei diesen plötzlichen Personalkosten noch sind?

Oder sollen die zukünftig nur noch für die Stadt arbeiten und das wirtschaftlichste Angebot interessiert bei der Auftragsvergabe nicht mehr, wenn ein Konkurrent wenigstens den gesetzlichen Mindestlohn zahlt?

Dass wir diesem Antrag auch wegen all dieser offenen Fragen nicht zustimmen werden, dürfte Sie nicht überraschen.

Vielen Dank.